



Obergrenze wird salonfähig

Löhne für Kaderärzte Das Berner Inselspital erarbeitet ein neues Lohnmodell. In Zürich plant der Regierungsrat am Universitätsspital ausserdem eine Lohnobergrenze für Ärzte.



Bei den Spitälern setzen sich neue Lohnmodelle durch. Foto: Christian Jaeggi



Brigitte Walser

Nun kommt vieles ins Rollen. Das Inselspital will künftig auf die umstrittenen Honorarpools verzichten und arbeitet deshalb an einem neuen Lohnmodell für Kaderärztinnen und -ärzte. Das Berner Universitätsspital ist nicht allein. Für das Universitätsspital in Zürich (USZ) gibt es ähnliche Pläne. Der Zürcher Regierungsrat will den Grundlohn des Ärztekaders erhöhen, den variablen Vergütungsbestandteil senken und die Honorarpools aufheben. Dies gab die Zürcher Gesundheitsdirektion am Donnerstag bekannt. Sie begründet den Wechsel damit, dass die Beträge, die in die Pools fließen, von der Menge der Behandlungen abhängig sind. Es brauche aber ein Modell, bei der sich weder die Menge der Behandlungen noch der Umsatz wesentlich auf den Lohn auswirkten. Denn man wolle sicherstellen, dass keine unnötigen Behandlungen gemacht werden. Ausserdem sei es für Ärzteteams nicht unproblematisch, wenn die Klinikdirektoren selber über die Poolgelder entscheiden. Der Zürcher Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat entsprechende Gesetzesänderungen. In Bern arbeitet die Insel-Gruppe bis Ende Jahr ein Modell aus.

Für die Ärzteverbinding FMH ist es wichtig, dass Ärzte ihre medizinischen Entscheide unabhängig treffen können. Gegen Bonuszahlungen, die an Mengenziele geknüpft sind, spreche man sich seit 2013 aus, hält die FMH auf Anfrage fest. Der Kanton Zürich verweist auf Kantone wie Aargau, Basel-Stadt, Solothurn oder Zug, die bereits auf solche Anreize verzichten. Trotzdem scheint der Trend bisher in eine andere Rich-

tung gegangen zu sein: Der Verein der leitenden Spitalärztinnen und -ärzte (VLSS) veröffentlichte in einem Newsletter die Resultate einer Umfrage, wonach die variablen Lohnbestandteile bei den Chefärzten seit 2016 angestiegen sind.

Grenze bei einer Million

Der Zürcher Regierungsrat will für Ärzte am Unispital eine Lohnobergrenze von einer Million Franken pro Jahr festlegen. Sehr hohe Löhne würden in der Bevölkerung je länger, je weniger akzeptiert und könnten innerhalb des Spitals zu Spannungen

«Noch ist nicht klar, wie das Lohnsystem aussehen wird. Deshalb ist die Gesetzesänderung nötig.»

Ursula Marti
Grossrätin SP

führen, hält er fest. Allerdings verdienen derzeit laut seinen Angaben nur sehr wenige USZ-Kaderärzte mehr als eine Million.

Auch in Bern diskutierte die Politik eine Obergrenze. Regierungsrat und Grosser Rat lehnten sie allerdings 2018 ab. Der Regierungsrat argumentierte, die Ausgestaltung der Lohnsysteme liege in der Kompetenz der Spitäler. In Zürich ist das Unispital ein kantonales Spital. Lohnobergrenzen lehnt auch der VLSS ab. Diese könnten die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweiz bei der Rekrutierung von Spitzenmediziner*innen

schränken, schreiben die leitenden Spitalärzte in einer Antwort auf eine nationale Vernehmlassung. Ähnlich sieht es die FMH: Um hoch qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen, könne es in Einzelfällen notwendig sein, konkurrenzfähige Saläre zu zahlen.

Manche denken ans Aufgeben

Grossrätin Ursula Marti (SP), welche die Forderung nach einer Obergrenze gemeinsam mit Melanie Beutler (EVP) in den bernischen Grossen Rat getragen hat, hält diese aufrecht. Sie begrüsst aber, dass das Inselspital auf Poolgelder verzichten und auf fixe Löhne setzen will: «Das ist ein grosser Fortschritt.» Ausserdem nahm der Grosse Rat ihre Forderung nach mehr Transparenz auf. Auch wenn das Inselspital nun handle, bleibe diese Transparenz wichtig, sagt Marti, denn: «Noch ist ja nicht klar, wie das neue Lohnsystem aussehen wird und wie hoch die Löhne ausfallen werden.» Deshalb bleibe die geplante Gesetzesänderung nötig, die vorsieht, dass die Spitäler die Löhne ihrer Kaderärzte in anonymisierter Form offenlegen. Die SP fordert, dass dies auch für das Verwaltungskader gelten soll.

Die Kaderärzte selber verweisen aber noch auf ganz andere Probleme. In der Vernehmlassungsantwort schreibt der VLSS: «Schon heute möchten 25 Prozent aller unserer Mitglieder die Tätigkeit als Kaderärztin und Kaderarzt am liebsten sofort aufgeben oder zumindest die Stelle wechseln.» Dies, weil sich das Arbeitsklima, der Arbeitsinhalt und die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren stetig verschlechtert hätten.